



Kommentar der Arbeitnehmerkammer zum Koalitionsvertrag „Veränderung gestalten: sicher, sozial, ökologisch, zukunftsfest“ für die 21. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft

Der neue Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und der Linkspartei nimmt viele Forderungen der Arbeitnehmerkammer auf. Es muss aber sichergestellt werden, dass die frisch gebauten Brücken zwischen Arbeits- und Wirtschaftspolitik durch die neuen Ressortzuschnitte keine Risse bekommen.

Die gesellschaftlich und wirtschaftlich vor uns liegenden Aufgaben sind überall groß – mit der Klimakrise, den Folgen der Pandemie und den Auswirkungen des Krieges stellen sich umfangreiche strukturelle Herausforderungen. Doch in Bremen gibt es noch weitere Herausforderungen: Viele Beschäftigte haben keinen Berufsabschluss, gerade die großen Industriebetriebe sind durch den Umstieg auf erneuerbare Energien gefordert und die Haushaltslage ist extrem angespannt, trotz der zuletzt sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung. Vor diesem Hintergrund ist auch der Koalitionsvertrag zu sehen, den SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vorgelegt haben. Mit Blick auf prekär beschäftigte Menschen, auf Migrantinnen und Migranten, aber auch die in Bremen extrem niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen müssen dringend Fortschritte erzielt werden. Im Koalitionsvertrag finden sich dabei viele Forderungen der Arbeitnehmerkammer wieder. Die rot-grün-rote Regierung bekennt sich zur umfassenden Transformation der Arbeitswelt und Gesellschaft.

Im Einzelnen:

Ausbildung und Arbeit

Wir begrüßen, dass auch der neue Senat zum beschlossenen *Ausbildungsfonds* steht und hoffen, dass dieser die bedauernden Klagen der Wirtschaftskammern übersteht. Zugleich begrüßen wir, dass die bremische *Aufstiegsfortbildungsprämie* weiter besteht und damit Meisterabschlüsse, aber auch solche in den Pflege- und Erziehungsberufen honoriert werden können. Positiv ist auch, dass nun, wie von uns gefordert, ein *Landes-BAföG* geplant

ist. Es soll die Kosten der Weiterbildung tragen und einen Zuschuss zum Lebensunterhalt leisten, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich auf den Weg zur Fachkraft machen.

Wir fordern, dass das im Koalitionsvertrag genannte *Ausbildungsunterstützungssystem* für junge Menschen zügig etabliert wird – zum Teil kann es durch den Ausbildungsfonds finanziert werden. Bausteine davon müssen in die *Berufsschulcampus* integriert werden, die an fünf Standorten alle Berufsschulen bündeln sollen. Die Arbeitnehmerkammer unterstützt entsprechende Vorhaben ausdrücklich, denn sie tragen zur Aufwertung der beruflichen Bildung bei. Auch gut: die Pläne für mehr Wohnraum für Azubis.

Mit der Pflege auf der einen und der Kinderbetreuung beziehungsweise der frühen Bildung auf der anderen Seite sind gerade zwei sehr beschäftigungsintensive und gesellschaftspolitisch eminent wichtige Berufsfelder „in der Mache“. Es besteht aber die Gefahr, dass ein gefährlicher Prozess der Dequalifizierung einsetzt, weil allenthalben Fachleute fehlen. Bei den *Assistenzkräften in der Pflege* muss deshalb eine zweijährige, generalistische Ausbildung der Standard werden. Hier bleibt der Koalitionsvertrag noch zu diffus. Zudem müssen aus unserer Sicht alle Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger sowie Sozialassistentinnen und Sozialassistenten, die in den Kitas eingesetzt werden sollen, obligatorisch eine Weiterbildung zum Erzieher/zur Erzieherin machen – es sei denn, sie werden ausschließlich in „Rand“-Zeiten eingesetzt.

Der Koalitionsvertrag bekennt sich dazu, prekäre Arbeit eindämmen zu wollen. Dies soll durch Bundesratsinitiativen und auch vor Ort geschehen. Aus Sicht der Arbeitnehmerkammer sind hier die Steigerung der Tarifbindung, die Weiterentwicklung des Tariftreue- und Vergabegesetzes sowie eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen die wichtigsten Bausteine.

Wirtschaft

Die neuen *Ressortzuschnitte* bergen Chancen und Gefahren zugleich. Die Zusammenlegung der Ressorts für Arbeit und Soziales eröffnet die Möglichkeit, sich dem drängenden Problem der (Langzeit-) Arbeitslosigkeit intensiv zu widmen. Zugleich dürfen die in der letzten Legislatur gebauten Brücken zwischen Wirtschaft und Arbeit keine Risse bekommen: Die Wege werden länger, die Verzahnung ist künftig schwieriger. Dabei geht es um die Fachkräftesicherung ebenso wie um Fragen der Qualifizierung, der guten Arbeit und der Beschäftigungspolitik. Schwierigkeiten deuten sich schon im Koalitionsvertrag an: Die für uns zentralen Fragen der guten Arbeitsbedingungen, der Tarifbindung und der Erwerbstätigkeit von Frauen im Land Bremen tauchen im Kapitel „Wirtschaft“ nicht auf. Doch die Fachkräftesicherung ist das Nadelöhr der Zukunft, die größte Herausforderung auch für die Unternehmen. Wer gute Arbeitsbedingungen schafft, hat auch bessere Chancen

auf Fachkräfte. Qualifizierungspolitik ist dabei die beste Form der Wirtschaftsförderpolitik. Wir begrüßen deshalb, dass unsere Forderung nach einer *Transitions-gesellschaft* aufgenommen wurde. Sie soll Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beraten und begleiten, neue Perspektiven für sie schaffen und sie durch Weiterbildung bis zu einem neuen Berufsabschluss in Betriebe vermitteln. Anders als eine betriebliche Transfergesellschaft muss sie frühzeitig eingesetzt werden, betriebsübergreifende Angebote schaffen und bis zum Erreichen eines Berufsabschlusses unterstützen.

Darüber hinaus sollte die *Wirtschaftsförderung* ein Bonussystem etablieren, das einen Anreiz für tarifgebundene Firmen schafft. Wer in einem solchen Unternehmen arbeitet, ist zufriedener und produktiver. Das von uns geforderte Bonussystem findet sich nicht in der Koalitionsvereinbarung wieder. Auch unsere Forderung nach branchenbezogenen Qualifizierungsbedarfsanalysen taucht im Vertrag nicht auf. Diese würden dafür sorgen, dass die Wirtschaftsförderung sich vertieft mit strukturellen Fragen auseinandersetzt und die Fachkräftesicherung als Top-Thema begreift. Wir begrüßen aber, dass die Wirtschaftsförderung stärker als bisher ein Akteur der Transformation werden soll. Doch diese Aufgabe ist bisher noch viel zu vage formuliert: Das Profil der Wirtschaftsförderung muss dringend politisch geschärft werden. Positiv ist, dass sie sich nicht mehr nur aus dem Verkauf von Flächen finanzieren soll, von denen es ohnehin immer weniger gibt. Die Wirtschaftsförderung muss ein Dienstleister der Kommune werden, mit einem klaren politischen Auftrag. Auch eine Reintegration ins Wirtschaftsressort darf dabei kein Tabu sein.

Das auch von uns geforderte *Gewerbeflächensofortprogramm* ist ein wichtiger Faktor, wenn es um die rasche Verfügbarkeit von Flächen geht. Dass es auch die bessere Erreichbarkeit von Gewerbegebieten mit Bus und Bahn ins Auftragsbuch der Koalition geschafft hat, begrüßen wir ausdrücklich. Eine Studie der Arbeitnehmerkammer hat hier deutlichen Verbesserungsbedarf ermittelt.

Gut ist auch, dass die Kontrollbehörden, darunter die *Gewerbeaufsicht*, personell aufgestockt werden sollen – es ist aber auch eine Selbstverständlichkeit. Damit Bremen die gesetzlich festgelegten Mindestquoten für Betriebsprüfungen bis 2026 einhalten kann, hätte hier schon früher mit Neueinstellungen begonnen werden müssen. Wir fordern seit Langem intensivere betriebliche Kontrollen ein: Mindestlohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetze sind kein „Nice-to-have“, sondern Voraussetzung für menschenwürdige Arbeit!

Häfen und Logistik

Der geplante *Energy Port* ist aus unserer Sicht ein vielversprechendes Vorhaben. Im Zuge des Umstiegs auf erneuerbare Energien bietet er Potenziale für Bremerhavens Wirtschaft – sofern verschiedene Voraussetzungen erfüllt sind: Der Bedarf an einem solchen Hafen muss

zweifelsfrei nachgewiesen werden. Die ökologischen Schäden, die er verursacht, müssen so klein wie möglich gehalten werden. Die Finanzierung durch den Bund muss geklärt sein. Diese Fragen sind zügig zu klären, damit Bremerhaven das Wettrennen gegen andere Standorte nicht verliert.

Dass der 2021 gestartete und seit Langem von uns geforderte *Branchendialog* mit der Logistik fortgesetzt werden soll, freut uns. Die konkrete Ausgestaltung ist allerdings noch offen. In Bremen sind über 40.000 Menschen in der Logistik beschäftigt, doch die Arbeits- und Einkommensbedingungen hier müssen sich deutlich verbessern, wie auch Publikationen der Arbeitnehmerkammer gezeigt haben. Mit vereinten Kräften müssen wir vor allem daran arbeiten, dass die seit Jahren rückläufige Tarifbindung in dieser Branche wieder steigt.

Gesundheitswirtschaft

Auch die Gesundheitswirtschaft ist ein wichtiger Arbeitgeber im Land Bremen – jeder neunte Euro wird hier verdient, sehr viele Frauen sind in diesem Sektor beschäftigt. Die Arbeitnehmerkammer begrüßt deshalb, dass der *Integrierte Gesundheitscampus* als Netzwerk verschiedenster Akteure eine bedeutende Rolle bekommen soll. Hamburg hat schon jetzt ein agiles Netzwerk für die Gesundheitswirtschaft, das von Politik und Kammern gleichermaßen gestützt wird – das ist aus unserer Sicht ein Vorbild auch für Bremen.

Gleichstellung

Die Themen Gleichstellung und Diversität ziehen sich an erfreulich vielen Stellen durch diesen Koalitionsvertrag. Die finanzielle und personelle Ausstattung bleibt jedoch an etlichen Stellen offen. Gerade dort, wo es ums Geld geht, wird es also wieder einmal vage. Dabei verzeichnet Bremen im Vergleich mit den anderen Bundesländern nach wie vor die niedrigste Erwerbsbeteiligung von Frauen. Darunter leiden nicht nur die Frauen, sondern auch die Unternehmen mit Fachkräftebedarfen.

So muss die *Entgeltgleichheitsstrategie* – ein Bündel von vielen Maßnahmen, an deren Ausarbeitung die Arbeitnehmerkammer prominent mitgewirkt hat – weiter vorangebracht werden. Und auch hier gilt es die Verbindung zur Wirtschaftspolitik aufrechtzuerhalten. Die Ausfinanzierung der Entgeltgleichheitsstrategie ist zum Teil noch offen, ebenso die Beteiligung der Wirtschaftsförderung. Positiv: Das schon lange von der Bremischen Bürgerschaft beschlossene Prinzip des *Gender-Budgetings* taucht nun erstmals mit kraftvollen Worten im Koalitionsvertrag auf. Es muss jetzt umgesetzt werden, damit Landesmittel langfristig geschlechtergerecht eingesetzt werden.

Migration

Die Arbeitnehmerkammer begrüßt, dass der Koalitionsvertrag das Thema Migration an vielen Stellen aufnimmt. Es wird prominent auf die Agenda gesetzt, die Ziele indes sind zu wenig mit konkreten Maßnahmen verbunden. Außerdem hat es der Koalitionsvertrag versäumt, darauf hinzuweisen, dass die Gruppe der Menschen ohne deutschen Pass sehr heterogen ist und ihre Bedarfe somit stark variieren. Stattdessen werden nicht-deutsche Arbeitslose ohne weitere Differenzierung als eine Gruppe angesprochen. Eine solche Pauschalisierung, die fachlich nicht gerechtfertigt ist, kann dazu beitragen, bestehende Stereotype und Vorurteile zu verstärken.

Fachkräfte mit Migrations- und Fluchtbiografie sind heute eine zentrale Zielgruppe der Wirtschaft. Wir begrüßen deshalb das geplante *Kompetenzzentrum „Fachkräftegewinnung und Zuwanderung“* und werden uns dafür stark machen, dass alle eine umfassende Unterstützung bekommen und auch die arbeitsrechtliche Beratung wie auch die zu Anerkennung und Weiterbildung bei uns in der Arbeitnehmerkammer im Kompetenzzentrum beworben wird. Außerdem kann das Kompetenzzentrum auch eine Anlaufstelle für zugewanderte Menschen sein, die schon länger in Bremen leben.

Gerade in der Gesundheitswirtschaft kann es aber nicht nur darum gehen, ausländische Beschäftigte zu gewinnen. Mit guten Arbeitsbedingungen und Modellprojekten für gute Pflege müssen Fachkräfte gehalten und zurückgewonnen werden.

Kitas

Wir begrüßen, dass der Koalitionsvertrag mehr *Angebote zur Flexibilisierung* macht und es in jedem Stadtteil eine Kita geben soll, die die „Rand“-Zeiten abdeckt. Der bedarfsgerechte und verlässliche Ausbau der Ganztagesbetreuung auch über das Grundschulalter hinaus ist die wichtigste Stellschraube für mehr Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt. Bremen hat hier weiterhin einen großen Aufholbedarf – doch unter der Quantität darf die Qualität nicht leiden. Daher müssen Arbeitsbedingungen weiter so attraktiv sein, dass junge Menschen die Ausbildung machen und im Job verbleiben. Eine schleichende Dequalifizierung ist kontraproduktiv für Kinder, Eltern und auch die Belegschaften in den Kitas.

Die Zahl der Plätze in der *praxisintegrierten Ausbildung (PiA)* für Erzieherinnen und Erzieher soll bis zum Ende der Legislaturperiode mindestens vervierfacht werden. Das begrüßen wir ausdrücklich, nachdem diese Forderung von Kammer und Gewerkschaften gemeinsam vehement vorgetragen wurde. Wichtig ist aber, dass diese tariflich vergütete und quasi duale Ausbildung künftig zum attraktiven Standard wird – sie darf nicht nur ein Modellprojekt bleiben.

Wissenschaft

Bremen hat einen ambitionierten Wissenschaftsplan verabschiedet, der eine bessere Grundausstattung der Hochschulen und der Universität verspricht. Das haben wir ausdrücklich begrüßt. Nur ist dieser Wissenschaftsplan weiterhin nicht ausfinanziert. Ohne den Ausbau von Universität und Hochschulen wird aber sowohl die technische als auch die soziale Transformation gebremst – dort wo es um Digitalisierung und Künstliche Intelligenz geht genauso wie in der Pflege, der Gesundheitswirtschaft oder bei der Weiterbildung. Insbesondere für Bremerhaven böten sich durch den Ausbau der Hochschule viele Chancen für mehr qualifizierte Beschäftigung.

Insgesamt bietet der Vertrag gute Ansätze, um die anstehenden wirtschaftsstrukturellen und arbeitsmarktpolitischen Fragen anzugehen – zum Teil müssen die guten Absichten aber noch konkretisiert und vor allem in den nun anstehenden Haushaltsaufstellungen berücksichtigt werden. Dies werden wir im Interesse unserer Mitglieder kritisch und nachdrücklich begleiten.